

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 14. Juni 2007

Erzwingungshaft für den Atomausstieg

Berliner Atomkraftgegner muss wegen Castor-Sitzblockade ins Gefängnis. Fünf weitere Fälle

Der Berliner Physiker Henning Rust (33) wird am Freitagmittag (15. Juni 2007) für zwei Tage ins Gefängnis Berlin-Plötzensee gehen. Das Amtsgericht Lüneburg hat "Erzwingungshaft" gegen den Atomkraftgegner angeordnet, weil er sich weigert, ein Bußgeld von 100 Euro zu zahlen. "Wenn es der Politik nicht gelingt diese Dinosaurier-Technologie auszurotten, dann müssen klare Signale von der Straße kommen", sagt Rust mit Blick auf die Anträge von RWE, e.on, Vattenfall und EnBW, die Laufzeiten ihrer AKWs zu verlängern: "Für diese Wahrnehmung der Versammlungsfreiheit auch noch zur Kasse gebeten zu werden, sehe ich nicht ein."

Gemeinsam mit Tausenden von AtomkraftgegnerInnen hatte Rust im November 2004 gegen den Transport von 12 Castor-Behältern mit hochradioaktivem Atommüll ins oberirdische Zwischenlager Gorleben demonstriert. Eine kalte Nacht lang saßen er und viele andere damals friedlich auf der Straße im wendländischen Langendorf. Damit war eine der beiden möglichen Transportstrecken blockiert. Obwohl die Castor-Tieflader gar nicht über Langendorf fahren, räumte die Polizei in den Morgenstunden die Straße. Den SitzblockiererInnen warf sie die "Teilnahme an einer verbotenen Versammlung" vor.

Rust hält seinen Protest dagegen für legitim. "Solange weiterhin AKWs laufen, schafft jeder Transport von Atommüll nur Platz, neuen zu produzieren", argumentiert er. Auch lagere der Strahlen-Müll in der Halle in Gorleben nicht besser als dort, wo er herkomme. Rust erinnerte daran, dass auch 50 Jahre nach Inbetriebnahme des ersten Atomreaktors in Deutschland noch immer unklar sei, wie und wo der anfallende hochradioaktive Abfall für Hunderttausende von Jahren sicher gelagert werden soll. "Angeklagt gehören die, die uns das Märchen von der gesicherten Entsorgung auftischen und immer wieder im Interesse der Atomlobby Grundrechte außer Kraft setzen", forderte er.

Wie zuletzt in Heiligendamm hatte die Polizei auch im Wendland im Vorfeld des Castortransports 2004 per Allgemeinverfügung eine mehrere Quadratkilometer große versammlungsfreie Zone ausgewiesen. Gegen diese schwerwiegende Beschneidung demokratischer Grundrechte haben mehrere Organisationen Klage eingereicht, die Verfahren sind noch anhängig. Das Amtsgericht Lüneburg hielt das nicht davon ab, gegen Rust und andere zahlungsunwillige SitzblockiererInnen Erzwingungshaft anzuordnen. Schon Anfang Juni saß deswegen die Atomkraftgegnerin Viola Engels zwei Tage in der JVA Gelsenkirchen, der Hamburger Dietrich Gerstner geht voraussichtlich kommende Woche für zwei Tage hinter Gitter. Mindestens drei weitere SitzblockiererInnen rechnen ebenfalls damit, Erzwingungshaft verbüßen zu müssen. "Die Atomindustrie und ihre Folgen schrecken uns mehr als ein paar Tage Haft", sagt Rust.

Rückfragen unter Tel. 0163-7355746 (Henning Rust) oder Tel. 0163-6855746 (Rebecca Kleinheitz).